

Deutliche Ablehnung für die «99%»

Die «99-Prozent-Initiative» wurde abgelehnt. Im Wallis und im Oberwallis war das «Nein» noch deutlicher.

**Martin Kalbermatten
und Adrien Woeffray**

Die «99-Prozent-Initiative» hatte von Beginn weg einen schweren Stand. Aus zwei Gründen. Einerseits wurde die Vorlage aufgrund ihrer schwammigen Formulierung kritisiert. Andererseits lag die Ablehnung auch am Absender: Im April 2019 hatten die Jungsozialisten die Initiative eingereicht. Noch heute spucken Gegner der Vorlage den Namen der Juso, als wäre er Gift.

So sorgte das Resultat vom Sonntag auch weiterhin für Erleichterung. Fast 65 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten lehnten die Vorlage ab. Im Wallis war die Ablehnung mit knapp 71 Prozent, im Oberwallis mit fast 74 Prozent noch deutlicher.

Enttäuschte Linke

Ernüchtert hat das Resultat vor allem Sebastian Werlen. Als Vorstandsmitglied der SPO kämpfte er vehement für die Initiative. Die Enttäuschung am frühen Sonntagnachmittag war gross. «Reicht man eine Initiative ein», sagt Werlen, «ist das Ziel immer, eine Mehrheit für die Vorlage zu gewinnen.» Erfreulich sei indes, dass die Zustimmung von kantonal über 29 Prozent und 26 Prozent im Oberwallis deutlich über dem Potenzial der Linken liege. «Wir konnten also auch Wähler überzeugen, die sonst nicht unserer Meinung sind», sagt er.

Die Kritik kann er indes nachvollziehen. Er sagt: «Das Volk will wahrscheinlich genau-



Nicht 99, sondern nur etwas über 26 Prozent befürworteten die Initiative im Oberwallis.

Bild: Keystone

ere Vorlagen, die schon fast in Gesetzesrichtung gehen.» Ein anderer, nicht zu vernachlässigender Punkt sei die millionenschwere Kampagne gewesen, die die Gegner gefahren hätten. Die Linke werde sich nun die Frage stellen müssen, ob der Fokus auf dieses Abstimmungswochenende hin richtig gesetzt worden sei. Dies müsse in den nächsten Wochen intern genauer analysiert werden.

Auch die Grüne-Co-Präsidentin Brigitte Wolf ist enttäuscht. «Wir bedauern, dass die «99-Prozent-Initiative» keine Mehrheit gefunden hat», sagt sie, «grosse Teile der Bevölke-

rung hätten von der Annahme dieser Initiative profitiert.» Dennoch seien die Grünen überzeugt, dass sich die Bevölkerung in der Schweiz sehr wohl mehr Steuergerechtigkeit wünscht.

Ungleichheit verringern, aber nicht so

Das sagt auch Jeannette Salzmann, Co-Vizepräsidentin der GLP: «Ich habe von vielen Jungen gehört, dass die Ungleichheit zwischen arm und reich verringert werden soll.» Davon sei auch die GLP überzeugt. Aber nicht in dieser Form. «Die Initiative war viel zu offen, viel zu unklar, und zu wirtschaftsfeindlich.»

Damit stimmt Salzmann den Tenor der bürgerlichen Parteien ein. Anja Lambrigger, Vizepräsidentin FDP Wallis, findet es aus liberaler Sicht wünschenswert, dass nicht noch mehr Regeln aufgestellt werden: «Darum bin ich zufrieden, dass die «99-Prozent-Initiative» abgelehnt wurde.»

Einen Grund für die klare Ablehnung sieht sie ebenfalls in der unklar ausformulierten Initiative: «Das hat sich schon in der Vergangenheit des Öfteren gezeigt. Lassen die Formulierungen eines Initiativtextes zu viel Handlungsspielraum offen, ist die Bevölkerung

skeptisch und legt ein Nein in die Urne.»

Dass über eine gerechte Besteuerung diskutiert werde, findet Lambrigger indes wichtig: «Es sollte schon so sein, dass die Einkommensschwächeren weniger stark belastet werden als die Einkommensstärkeren. Doch die «99-Prozent-Initiative» war zu extrem.»

Auch CVPO-Präsidentin Franziska Biner ist nicht überrascht über das starke Nein: «Die Initiative hatte zwar sehr gute Ansätze, in dieser Formulierung war sie aber nicht umsetzbar.»

Derweil nimmt die SVPO erfreut zur Kenntnis, dass die «99-Prozent-Initiative» bachab ging. «Der Versuch der Linken, auf populistische Art Arm gegen Reich auszuspielen, ist nicht aufgegangen. Das ist gut so», sagt Amacker. Andernfalls wäre der Wirtschaftsstandort Schweiz massiv geschwächt worden, mit verheerenden Folgen für das Gewerbe und die Hauseigentümer.

Die krachende Niederlage hat auch Konstantin Bumann so erwartet. «Wir dürfen nicht den breiten Mittelstand und die KMU, das Rückgrat unserer Wirtschaft, bestrafen, sondern sollten ihnen auch mal Merci sagen», sagt der Präsident der CSPO. Wer viel Geld verdiene, solle auch viel Steuern bezahlen, sagt Bumann, aber was sie heute zahlen, reiche. Die CSPO sei deshalb sehr erleichtert, dass die Juso-Initiative abgelehnt wurde. Das «Juso»: es klingt beinahe ausgespuckt.